

Die Maya-Bevölkerung zeigt ihre Stärke

In Guatemala versucht die Machtelite, den Amtsantritt des gewählten sozialdemokratischen Präsidenten zu verhindern. Doch die Bevölkerung verteidigt die Demokratie. Angeführt von den indigenen Bewegungen gibt es seit Anfang Oktober landesweite Proteste.

Alice Froideveau

Es sind historische Momente für die Bevölkerung in Guatemala. Seit Anfang Oktober bewegen Massendemonstrationen das Land. Der Aufruf zum Protest durch Blockaden wichtiger Verkehrspunkte kam zuerst von den «48 Kantonen», einer indigenen Verwaltungsstruktur aus dem überwiegend von K'iche' Mayas bewohnten Departament Totonicapán. Ihm schlossen sich schnell alle indigenen Autoritäten des Landes an. Tausende versperrten die Strassen, bauten Strukturen für die Versorgung auf und begannen ein Volksfest, das langsam auf das ganze Land übergrieff – auch auf die Hauptstadt. Die Protest-Camps wurden immer grösser und bunter und die Solidarität aus der Bevölkerung war gross: Es wurden Zelte, Matratzen, Stühle und Kleider gespendet und sanitäre Anlagen organisiert. Es wurde Essen und Getränke verteilt und für medizinische Versorgung gesorgt. Es wurde getanzt, Theater gespielt und gemeinsam Yoga gemacht.

Zwei Monate später konzentrieren sich die Proteste vor allem auf die Camps vor der Generalstaatsanwaltschaft und dem Kongress im Zentrum von Guatemala-Stadt. Die Hauptforderung, die einen Grossteil der Bevölkerung eint: Die korrupte Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras und ihre Handlanger müssen gehen. Sie sind es, die aktiv versuchen, den eingeläuteten Machtwechsel zu verhindern.

Langersehnte Welle der Hoffnung

Hoffnung auf einen Wandel bestand unter sozialen Bewegungen und Menschenrechtsaktivist*innen vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahl im Juni kaum mehr. Seit der Ausweisung der UN-mandatierten Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) im Jahr 2019 ist im Land ein zunehmend unverfrorener Abbau der Gewaltenteilung zu beobachten. Gezielt wird der Rechtsstaat Stück

für Stück demontiert. So war es denn auch ein Leichtes für die herrschende Machtelite, aussichtsreiche linke Kandidat*innen unter fadenscheinigen Begründungen von der Wahl auszuschliessen.

Doch dann kam die Überraschung: Das Präsidentschafts-Duo des sozialdemokratischen *Movimiento Semilla* (Bewegung Samenkorn) erreichte die Stichwahl. Weder Analyst*innen, noch die sozialen Bewegungen hatten Bernardo Arévalo und Karin Herrera Chancen eingeräumt – und offenbar auch nicht die Machtelite, sonst hätten sie auch diese Kandidatur bereits im Vorfeld verhindert. Der überraschende Teilsieg löste in Guatemala eine langersehnte Welle der Hoffnung aus. Die Bevölkerung hatte ein klares Zeichen gesetzt. Endlich konnte wieder daran geglaubt werden, dass Veränderung möglich ist. Ein neuer guatemaltekischer Frühling war eingeläutet. *Florecerás Guatemala* hiess es erneut auf den Strassen und in den sozialen Medien. Die direkte Verbindung des Namens Arévalo zum ersten demokratischen Frühling Guatemalas – Bernardo's Vater José Arévalo wurde 1944 zum ersten demokratisch gewählten Präsidenten – trugen ihr Weiteres bei zur grossen Welle der Hoffnung. Von dieser getragen schienen die linken Kräfte des Landes so geeint wie nie. Im August wurden Arévalo und Herrera in der Stichwahl schliesslich mit 61 Prozent der Stimmen zu Präsident und Vizepräsidentin gewählt. Am 14. Januar 2024 sollen sie in ihrem Amt vereidigt werden.

Gegenwehr der Machtelite

Die grossen Wahlfeiern waren eine verdiente Genugtuung alle Guatemalte*innen, die seit Jahren für ihre Rechte und für ein demokratisches, plurinationales Guatemala kämpfen. Doch schnell wurde klar, wie fest der sogenannte «Pakt der Korrupten» das Land im Griff hat, und dass er bereit ist, alles zu tun, um an der Macht zu bleiben.

Über die Generalstaatsanwaltschaft und willfährige Richter versucht die herrschende Elite mit allen Mitteln, Arévalo vom Präsidentenamt fernzuhalten. Erfolglos versuchte sie bereits, Arévalo von der Stichwahl auszuschliessen. Nach der Wahl liess sie mit konstruierten Vorwürfen seine Partei *Movimiento Semilla* verbieten und wollte die Wahl für ungültig erklären.

Aufgrund der Massenproteste der Bevölkerung und internationalem Druck konnte sie aber nicht verhindern, dass das Oberste Wahlgericht das Resultat Ende Oktober definitiv anerkannte. Doch ans Aufgeben dachte die Machtelite noch lange nicht: Es gab Attentatspläne gegen Arévalo, mehreren Richter*innen des Obersten Wahlgerichts wurde die politische Immunität entzogen, so dass sie sich aus Angst vor einer politisch motivierten Strafverfolgung gezwungen sahen, das Land zu verlassen, und am 8. Dezember erklärte die Generalstaatsanwaltschaft in einer klaren Überschreitung ihrer Kompetenzen die Wahl vom Sommer für null und nichtig.

Beharrlicher indigener Widerstand

Doch auch die indigenen Autoritäten denken nicht daran, aufzugeben. Sie führen die Proteste weiter und befinden sich in ständiger Versammlung, um die die nächsten Schritte zu definieren. Dabei zeigen sie enormes politisches und strategisches Geschick. Trotz Diffamierungen, Repression und Provokationen durch die Regierung blieben die Proteste bis heute gewaltfrei. Interessant ist auch, wie historische soziale Organisationen mit ihren oft hierarchischen geprägten Strukturen links überholt wurden. So dreht es sich heute nicht mehr um einzelne Leader Figures, sondern es sind die Kollektive, die den Protest tragen, und zwar in einer Art von Kollektivität, wie sie in der indigenen Bevölkerung historisch gelebt wurde.

Doch wieso übernimmt die indigene Bevölkerung diese tragende Rolle in der Verteidigung einer Demokratie, in der sie nie wirklich repräsentiert und respektiert waren? «Wir waren nicht sehr auf die Präsidentschaftswahl fokussiert,» gesteht Adaluz Garía, Vertreterin des Gobierno Plurinacional des las Naciones Originarias Akateko, Chuj, Q'anjob'al y Popti'. «Als die Reaktionen der herrschenden Elite auf die Wahl von Arévalo so stark ausfielen, haben wir aber gemerkt, um was es hier geht, und dass wir uns positionieren müssen. Wir unterstützen nicht Arévalo als Person oder seine Partei. Es geht darum, denn Volkswillen zu respektieren. Und natürlich geht es für uns auch darum,



Gegen den Putsch.

unsere Teilnahme zu stärken. Sollte Arévalo sein Amt wirklich antreten können, hat er bereits eine Verpflichtung gegenüber den indigenen Völkern Guatemalas, denn wir sind es, die an vorderster Front für die Verteidigung der Demokratie eintreten, die ihn zum Präsidenten machen würde.» Und auch wenn die aktuellen Proteste ein neues Ausmass und eine neue Einigkeit zeigen, klar wird auch, dass sie Teil des historischen indigenen Widerstands sind. «Es geht um mehr als Demokratie. Wir sehen es als Kampf gegen die Kolonialmacht. Wir sind diejenigen, die unter der kolonialen Unterdrückung und Gewalt gelitten haben, und wenn jetzt die verfassungsmässige Ordnung zu einer totalitären Diktatur zerfällt, werden wir diejenigen sein, die den höchsten Preis dafür zahlen werden,» sagt die junge indigene Aktivistin Lucía Ixchiu, die zurzeit im Exil im Baskenland lebt.

Von globaler Bedeutung

Was wird in einem Monat, am Stichtag 14. Januar passieren? Darauf warten alle gebannt. Bis dahin muss der Druck der Proteste aufrechterhalten werden. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft haben sie: Die USA, die OAS und die EU verlangen von Guatemala die Anerkennung der Wahlergebnisse und drohen mit weiteren Sanktionen gegen korrupte Beamte, sollte die Amtseinführung von Arévalo tatsächlich verhindert werden. Und sogar der

konservative, mit der Machtelite verbundene guatemaltekeische Unternehmerverband CACIF hat klar geäussert, dass der Volkswille respektiert und Arévalo sein Amt antreten muss. Es geht um viel! Kann die herrschende Elite ihre autoritäre Macht durchsetzen? Oder gewinnt die Kraft des indigenen Widerstands und Guatemala kann einen Prozess des Wiederaufbaus und der Neugestaltung beginnen? Schon jetzt ist klar, in einer Zeit in der autoritäre Mächte weltweit erstarken, sind die gewaltfreien indigenen Proteste in Guatemala von globaler Bedeutung.

«Wir wollen unsere Kämpfe sichtbar machen»

Ende November besuchten drei Vertreter*innen der indigenen Autoritäten Guatemalas die Schweiz. Die Guatemala-Netzwerke Zürich und Bern haben Adaluz García, María Bautista und Domingo Quino zum Austausch mit der Schweizer Zivilbevölkerung eingeladen.

Was sind die Gründe für eure Reise in die Schweiz?

Adaluz: Wir sind hier für das UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte. Dort haben wir über Menschenrechtsverletzungen berichtet, die in unseren Territorien im Rahmen von Wirtschaftsprojekten

begangen werden. Da unser nationales Rechtssystem völlig korrumpiert ist, müssen wir auf internationale Systeme ausweichen. Generell dient uns die Reise dazu, an Türen zu klopfen und Kontakte zu knüpfen: Wir wollen unsere Kämpfe sichtbar machen. Wir wollen, dass auf internationaler Ebene bekannt und anerkannt wird, wer die Autoridades Ancestrales sind, und was unsere Rolle im historischen Widerstand und in den aktuellen Protesten ist.

Wie seid ihr als indigene Autoritäten organisiert?

Domingo: In einigen Regionen wie Sololá oder Totonicapán gibt es historische Strukturen, die trotz der herrschenden Kolonialmacht nie verschwunden sind. In anderen Regionen leben die indigenen Organisationsformen wieder auf. In den letzten Jahren haben wir kontinuierlich an einer Stärkung unserer regionalen und nationalen Koordination gearbeitet. Unser gemeinsames Ziel ist die Verteidigung unseres Territoriums, unserer Sprachen und von traditionellen Formen von Landwirtschaft, Medizin oder Erziehung aus der Perspektive der Maya-Kosmologie. Auf nationaler Ebene sind wir heute als *Autoridades Indígenas de IXIMULEW* zusammengeschlossen. Ixim Ulew bedeutet Land des Mais und beschreibt gleichzeitig das Ende einer Ära und der Beginn einer neuen. In der aktuellen

politischen Situation in Guatemala wussten wir, dass wir nicht untätig bleiben können.

Die indigenen Autoritäten haben als erste zu den Protesten aufgerufen. Seit mehr als zwei Monaten dauern die Proteste an und ihr befindet euch in «ständiger Versammlung». Was bedeutet das?

Adaluz: Gewöhnlich kommen Vertreter*innen der verschiedenen indigenen Völker Guatemalas zu bestimmten Zeiten zu nationalen Treffen zusammen. In der jetzigen Ausnahmesituation sind sie seit Beginn der Proteste dauerhaft in der Hauptstadt. Sie beobachten aus nächster Nähe, was im Kongress und in der Generalstaatsanwaltschaft entschieden wird, tauschen sich aus, reevaluieren und definieren Strategien. Gleichzeitig sind auch die regionalen Organisationsstrukturen in ständiger Bereitschaft. Sie besprechen die Informationen aus der Hauptstadt mit den Gemeinden an der Basis und rapportieren an die Vertreter*innen Guatemala Stadt zurück. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass eine so lange nationale Versammlung der indigenen Autoritäten stattfindet.

Was sind eure Forderungen und welche Erfolge konnten die Proteste bereits erreichen?

Domingo: Es gibt momentan zwei Hauptforderungen, die uns einen: Erstens müssen die korrupte Generalstaatsanwältin Consuelo Porras und weitere korrupte Staatsanwälte und Richter, die den Machtwechsel aktiv verhindern wollen, gehen. Und zweitens muss der Wille des Volkers respektiert und eine friedliche Machtübergabe an Bernardo Arévalo garantiert werden. Sollte dies nicht geschehen, sehen wir uns auch legitimiert dazu, unsere eigenen Regierungsformen, unsere Autonomie und Selbstverwaltung durchzusetzen.

Maria: Einer der grössten Erfolge sehe ich darin, dass wir es geschafft haben, uns als indigene Bewegungen zu vereinen. Und wir haben es geschafft, das sich auch städtische Bewegungen und andere Sektoren den Protesten angeschlossen haben: Studierende, Arbeiter*innen, die Händler*innen auf den Märkten, Transportunternehmen und das Gesundheitspersonal. Sogar Polizist*innen haben sich teilweise mit den Protesten solidariert.

Adaluz: Die indigenen Autoritäten haben ihre mobilisierende und einheitsstiftende Kraft und ihr politisch-strategisches Geschick gezeigt. Dafür erhalten sie von weiten Teilen der Bevölkerung einen noch nie dagewesenen Respekt. Auch international ist die Anerkennung gewachsen: Die

internationale Gemeinschaft zieht es heute vor, mit uns indigenen Autoritäten zu sprechen, statt mit der offiziellen Regierung. Diese hat nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch international ihre Legitimität verloren.

Welche Rolle spielen die Frauen in den Protesten?

Adaluz: Die Frauen haben schon immer eine bedeutende Rolle gespielt im indigenen Widerstand. Nur war ihr Beitrag leider nicht immer sichtbar. Auch heute gibt es immer noch klassische Rollen, die die Frauen übernehmen. So haben viele Frauen für die streikenden Menschen gekocht. Aber es gibt heute vermehrt Frauen, die an der Front dabei sind und ihre Gemeinden als Autoritäten vertreten. Wir versuchen, Modalitäten zu finden, dass dies für mehr Frauen möglich wird. Denn oft bedeutet ein solches Engagement für Frauen eine Mehrfachbelastung, weil sie gleichzeitig arbeiten und für Haushalt und Kinder verantwortlich sind. Da wir immer noch wenige Frauen in diesen Strukturen sind, exponieren wir uns auch stärker. Das Risiko Opfer von Kriminalisierung zu werden ist sehr hoch. Deshalb müssen wir besonders die Frauen als Kollektiv mittragen und schützen.

Was nehmt ihr vom Besuch in der Schweiz mit?

Maria: Für mich war es die erste Teilnahme an einem UN-Forum. Es war sehr emotional, zu sehen, dass es in anderen Ländern indigene Gemeinschaften gibt, die mit den gleichen Realitäten konfrontiert sind wie wir in Guatemala. Es war bereichernd, andere indigenen Frauen zu hören und mit ihnen wichtige Momente und Gefühle zu teilen. Auch wenn wir räumlich getrennt sind, wir führen einen gemeinsamen Kampf!

Domingo: Und wir sind glücklich über den Austausch mit Menschen aus der Zivilbevölkerung. Es ist wichtig für uns, zu wissen und zu erleben, dass es diese Solidarität gibt. So kehren wir gestärkt in unsere Territorien zurück.

Textfortsetzung Seite 19

Anti-Semitismus

Die politische und mediale Kampagne richtet sich nicht, wie behauptet, gegen Antisemitismus, sondern gegen den Widerstand gegen den Krieg. Ob primitiv – Demos gegen die Nakba gleich «Judenhass» – oder «gehoben» vorgetragen, reduziert sich praktisch alles auf die Behauptung: Antisemitisch ist, wer die rassistische jüdische Vorherrschaft in Israel nicht anerkennt. Das Recht jüdischer Menschen, auch in Israel/Palästina frei zu leben, beinhaltet kein Recht auf Apartheid. Das zionistische Projekt als nicht- oder gleich antikolonial darzustellen, ist plumpe Geschichtsfälschung. Der Zionismus missbraucht dafür die jüdische Sehnsucht nach Freiheit von Pogromen, Holocaust und Diskriminierung. An gutmeinende (Pro-) Zionist:innen: Stört euch nicht, dass der klassisch moderne Antisemitismus – die «Verdinglichung» der kapitalistischen Ausbeutung zur antisemitischen Verschwörung – vom impliziten Rassendiskurs ersetzt wird? Dass der Antisemitismus im herumposaunten «Philosemitismus» –Juden sind so speziell unterstützungswürdig, wenn weit weg – nicht zur Sprache kommt? Dass das Kriegsgeheul zur Ukraine sich jetzt zur faktischen Bejahung eines Genozids steigert? Dass die ideologische Dauerhetze von ultrarechts gegen Feminismus oder «Cancel-Culture», von Beginn weg auf die Tilgung des rebellischen «Ungeists» von 1968 zielend, jetzt zum Verbot von Antikolonialismus in der Academia und in der gesellschaftlichen Praxis präzisiert wird? Ertönt da tatsächlich kein Alarm? Verteidigen wir die Synagoge hier, wenn angegriffen; kein Mitmachen beim Völkermord!

- 1 awc-naam.com, 1.12.23: Arab Women's Organizations Against Rape
- 2 haaretz.com, 10.12.23: The best way for Israel to destroy Hamas and Save Lives is Attacking Its Financial Structures.
- 3 www.972.mag, 30.11.23: «A mass assassination factory': Inside Israel's calculated bombing of Gaza
- 4 Washington Post, 23.12.23: Destruction in Gaza outpaces other recent conflicts
- 5 haaretz.com, 4.1.24: Amid Israeli Destruction in Gaza, a New Crime Against Humanity Emerges: Domicide
- 6 aljazeera.com, 4.1.24: For feminists, silence is no longer an option
- 7 timesofisrael.com, 10.10.23: COGAT chief addresses Gazans....
- 8 <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2023/10/Letter-regarding-critical-national-security-funding-needs-for-FY-2024.pdf>